

12. Mai 1916.

Kauf. Bill  
für Kaufkassendruck  
H  
B.T.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Miesner  
26. Jahrg. Wien, Freitag, 18. Mai 1916. Abends.

Obmännerkonferenz. Die Obmänner-Konferenz des Gemeinderates der Stadt Wien hat in ihrer heutigen Sitzung die gegenwärtig bestehenden Approvisionierungsschwierigkeiten eingehend erörtert. Dabei sind einhellig die folgenden Anschauungen zum Ausdruck gelangt:

Wegen der für den wachsenden Steigpreis der Preise der meisten Lebensbedürfnisse erster Ordnung macht sich zur Zeit in Wien besonders empfindlich das Ausbleiben gewisser Lebensmittel wie Fett und Eier bemerkbar. Dieses völlige Versagen der Approvisionierung in derart wichtigen Lebensmitteln ist zum großen Teile begründet in der durchaus mangelhaften und zweckwidrigen Organisation der vom Ministerium des Inneren legitimierten Einkaufsstelle (Miles). Trotz der wiederholten nachdrücklichen und wohl begründeten Vorstellungen und Proteste der Wiener Gemeindevertretung gegen die Bestimmung einer auf Erwerb abzielenden, als Nebenbetrieb einer Bank gegründeten, Aktiengesellschaft mit der gesamten Leitung in den wichtigsten Lebens- und Genussmitteln hat sich die Regierung noch immer nicht bestimmt gefunden, diese längst als nicht sprechend anerkannten Grundlagen der „Miles“ zu ändern. Nach wie vor besteht die Tatsache, daß der gesamte Handel in wichtigen Artikeln des täglichen Bedarfs zugunsten eines rein geschäftlichen Unternehmens expropriert und zum Stillstande verurteilt wurde. Nach wie vor besteht aber auch die Tatsache, daß die Leitung dieses sich von Tag zu Tag weiter ausbreitenden mit den weitestgehenden Zwangrechten ausgerüsteten Unternehmens in den Händen von Personen liegt, die bis zum Tage der Gründung der „Miles“ dem Approvisionierungswesen gänzlich fern gestanden sind, lediglich dem Vertrauen der gründenden Bank, keineswegs aber ihrer fachlichen Eignung ihre gegenwärtige Stellung im Approvisionierungswesen verdanken und für die Wiens Bevölkerung nun sozusagen täglich das Lehrgeld zahlen muß. Die völlige Unzulänglichkeit der Miles-Organisation hat sich besonders gross in der Tatsache gezeigt, daß solange in Wien der freie Verkehr in Eiern bestand, diese zwar teuer, aber doch wenigstens ziemlich allgemein erhältlich waren, während sie mit dem Tage, an dem der gesamte Eierhandel in die Hände der „Miles“ überging, nicht billiger wurden, aber fast völlig vom Wiener Markte verschwanden. Das hat aber die Regierung durchaus nicht gehindert, der „Miles“ unmittelbar darauf ein Privilegium für den Import zu gewähren und nun auch den Fettmarkt zu verstaatlichen.

Es ist daher die ernste und vollberechtigte Forderung aller Parteien des Wiener Gemeinderates, daß die Lebensmittelversorgung der Miles übertragen und in die Hände einer

Zentrale gelegt werde, welche die berufenen Vertreter aller Zweige des Approvisionierungsgewerbes und des Lebensmittelhandels, also wirkliche Fachmänner, umfassen, auf rein gemeinnütziger Grundlage beruhen und mit einem Beiräte versehen sein muß, in dem die konsumierende Bevölkerung, vor allem jede der Stadt Wien durch ihre gewählten Vertreter in angemessener Weise vertreten ist.

WIENER GEMEINDERAT  
Sitzung vom 12. Mai  
Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner  
macht folgende Mitteilungen:

Gespendet haben:  
Otto Schranz 300 K für den Verein zur Pflege des Jugendspiels im 6. Bezirk;  
Florian Skolard 50 K für die Dr. Karl Lueger-Stiftung;  
Die Hausbesitzerin Therese Stündl hat 10.000 Kronen für die Armen des 6. Bezirkes mit der Bestimmung vermacht, daß die Zinsen an Witwen- und Waisen verarmter Gewerbeleute des 6. Bezirkes verteilt werden.

Dr. Ernst Weil vermacht letztwillig 100 K für die Armen Wiens.  
Die Bezirksvertretung Margareten hat wie im Vorjahre auch heuer eine Sammlung für Wohlfahrtszwecke statt des entfallenden Bürgerkränzchens eingeleitet, welche 2620 K ergab.

Magistratsdirektor Dr. Nüchtern hat einen Fächer mit Darstellungen des Huldigungsgewoges Leopold II. im Jahre 1790, Kapellmeister Karl Weinstabl mehrere Wiener Lieder für die städtischen Sammlungen gespendet.

Frau Gemeinderat Dr. Schwarz-Riller überlies Gebrauchsgegenstände im Werte von rund 150 K der städt. Kinderpflegeanstalt.

Der Zivillandeskommissär in Belgrad Ludwig von Thalloczy hat für das vom Gemeinderat den in Belgrad in Pflege befindlichen österreichisch-ungarischen Kriegern gewidmete Spende von 1000 K den Dank ausgesprochen.

Der Gemeinderat hat sich am 10. Juli 1906 - der letzten vor den Ferien - gestellt, und zur Verhandlung gebracht; leider aber wurde nach Erstattung des mündlichen Referates auf Sitzung des Bürgermeisters Dr. Lueger beschlossen, die Verhandlung zu vertagen, und der Gegenstand

stand kam nicht mehr zum Vorschein. Hierauf wurde der Ausgleich vom Jahre 1907 abgeschlossen; er war, wie sich bald zeigte, für Oesterreich wesentlich schlechter als der bis dahin bestandene und wir mussten seither in Friedens- und Kriegszeiten die Nachteile desselben schwer empfinden. Nunmehr stehen wir wieder vor Ausgleichsverhandlungen und wie aus den Zeitungsberichten über die in rascher Folge sich drängenden Ministerreden hervorgeht, so scheint man bemüht zu sein, die betreffenden Abschlüsse mit Beschleunigung fertigzustellen. Ueber den Inhalt der Verhandlungen und der Haltung der österreichischen Regierung in denselben, waltet natürlich tiefstes Amtsgeheimnis; aber gleichwohl laufen darüber in der Stadt Gerüchte um, welche düsterste Färbung ausweisen. Wenn nun auch, wie alle Gerüchte, unwahrscheinlich auch diese übertrieben sein dürften, so scheint es doch immerhin noch an der Zeit, dass noch im Verlaufe der Verhandlungen berechnigte Interessen sich zum Worte melden, damit nicht vielleicht aus nicht genügender Kenntnis und Würdigung derselben argen Schädigungen herbeigeführt werden, die nicht wieder gutgemacht werden können, wenn einmal feste Vereinbarungen bestehen. Es ist ja gewiss nicht gläubhaft, dass die Oesterr. Regierung beabsichtigen soll, einen gegen den bisherigen wesentlich verschlechterten Ausgleich nun gar auf eine noch längere Dauer im Wege des § 14 abzuschliessen, denn es kann sich ja doch nur um vorläufige Abmachungen handeln, die der verfassungsmässigen Behandlung vorbehalten bleiben müssen. Aber auch solche Abmachungen sind schwer zu ändern, wenn sie einmal festgelegt sind. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nun zu befürchten, dass insbesondere die Konsumenteninteressen, denen es an einer konzentrierten Vertretung fehlt, nicht jene Berücksichtigung finden könnten, welche ihnen gebührt; denn gerade die Stadt Wien, als grösstes Konsumentenzentrum müsste in erster Linie in der Lage sein, ihre wichtige Stimme zur Wahrung dieser Interessen zu Gehör zu bringen, sowie auch sonstige legitimierte Vertretungen der Verbraucherkreise um ihre Meinung befragt werden sollten. Ich stelle daher an den Bürgermeister die Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass sowohl die Vertretung der Stadt Wien, als auch Delegierte von Konsumentenorganisationen vor dem definitiven Abschluss der Ausgleichsverhandlungen Gelegenheit erhalten, ihre Wünsche und Bedürfnisse an massgebender Stelle zum Ausdruck zu bringen?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß mir die Verhandlungen von außerordentlicher Wichtigkeit erscheinen. Ich werde trachten, diese Frage sowohl im Gemeinderat als auch in der Handelspolitischen Kommission zur Diskussion zu bringen.

Gemeinderat Kronek stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, schon jetzt geeignete Massnahmen zu treffen, damit in Zukunft bei der Verleihung von Anstellungen im Kommunaldienst in erster Linie jene Bewerber berücksichtigt werden, welche im Felde gestanden sind.

Gemeinderat Stahlich fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, daß der Anfallstermin für die Kriegszulage für die städtischen Beamten und Lehrer mit 1. Jänner d. J. festgesetzt wird und daß auch den Pensionisten diese Begünstigung zuteil werde.

Die Anfragen werden als Anträge behandelt und der geschehensordnungsgemässigen Behandlung zugewiesen.

Die GR. Roth, Leitner und Eder stellen folgende Anfrage: Trotz des grossen Mangels an allen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln findet man in den meisten Tagesblättern grosse Annoncen, welche grosse Mengen von diesen Artikeln zum Verkaufe anpreisen. Gm. Wir stellen daher die Anfrage, welche Schritte der Bürgermeister unternehmen will, diese auf freistreibend berechneten Verkäufe von Lebensmitteln zu verhindern. Gleichzeitig ersuchen wir die Behörden zu veranlassen, diese Lebensmittel zu requirieren und dem allgemeinen Konsum zuzuführen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich bin nicht in der Lage diese Interpellation zu beantworten. Wenn ich jetzt sagen würde, welche Massnahmen ich zu ergreifen beabsichtige, so werden diejenigen, welche dies angeht, rechtzeitig vorbereitet sein. Ich werde jedenfalls das Erforderliche veranlassen.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: Ist Herr Bürgermeister geneigt, den Ministerpräsidenten auf die Anfrage Vorgänge bei der „Miles“ aufmerksam zu machen und anzuregen, die bisher auf Kosten des Volkes erzielten Gewinne zu Gunsten des Staatsschatzes zu beschlagnehmen, sowie die Gesellschaft in staatlichen Betrieb zu übernehmen.

Die städtische militärische Stelle hat die Sache ebenfalls aufmerksam zu machen, und wegen Gefährdung militärischer Interessen die Strafbestrafung wegen § 327 M. St. G. gegen die Gründer und Leiter der Miles zu erwirken.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Interpellation der Regierung vorlegen. Der Interpellant scheint nicht zu wissen, dass das Gemeinderatspräsidentium seit Wochen bemüht ist eine Milderung in der Geschäftsabwicklung der Miles herbeizuführen und dass die Regierung von unseren Schritten in Kenntnis ist. Leider ist bis jetzt nichts geschehen.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: 1. Ist der Bürgermeister geneigt, die Wiener Konsumentenorganisationen oder Parteien auszusprechen zu sein, dem Minister zur Kenntnis zu bringen, daß ein Handschuhfabrikant in Marien- hilf an einen Besteller in Lublin (russisches Okkupationsgebiet)

2

mehrere Pakete feiner Damenhandschuhe sendete, jedoch die Ware von der Postbehörde zurückgekehrt und alle Reklamationen bei den verschiedenen Zentralstellen vergeblich waren. Er will er darauf dringen, daß im Interesse des Wiener Gewerbes jede ungerechtfertigte Erschwerung der Ausfuhr von Wiener Fabrikaten nach den occupierten Ländern den beteiligten Behörden auf strengste zu untersagt werde?

Bgm Dr. Weiskirchner: Auch diese Interpellation wird der Regierung vorgelegt werden.

GR Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, den Vertrag mit dem Wasenmeister so abzuschließen, daß die Gemeinde Wien jederzeit im eigenen und im Interesse der Allgemeinheit Wandel schaffen kann? In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Wasenmeister für 1 kg Schweinekadaver 24 Heller zahlt und für das gewonnene technische Fett 5, 6, ja über 8 Kronen beim Verkauf erhält. Er wünscht, es müßte die technische Fette des Wasenmeisters von amtswegen zu Preisen, die im richtigen Verhältnis zu seinen Herstellungskosten stehen, requiriert werden, damit für die arme Bevölkerung wenigstens eine billige Seife hergestellt werden kann.

Bgm Dr. Weiskirchner: Der Vertrag mit dem Wasenmeister läuft Ende des Jahres ab unter der Voraussetzung, daß er bis 30. Juni gekündigt wird. Ich habe den Magistrat beauftragt, Verhandlungen wegen Erneuerung des Vertrages zu führen. Die Bemerkung des GR Dr. Klotzberg ist vollkommen zutreffend, es wird darauf Bedacht genommen werden.

GR Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Die fleischverarbeitenden Gewerbe kaufen ihre lebendige Ware, Schweine, zu so hohen Preisen ein, dass sie für Fett, Speck und Fleisch die vorgeschriebenen Höchstpreise nicht einhalten können und infolgedessen der Gefahr laufen, wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bestraft zu werden. Es wäre deshalb unbedingt notwendig, dass auch die Höchstpreise für Fett und Fleisch der Einkaufspreisen entsprechend reguliert werden. Andererseits wäre es aber im Interesse der Allgemeinheit gelegen, eine Einführung von Fett- und Eierkarten vorzunehmen, um die Hamsterlei gewisser Leute zu unterbinden. Ich ersuche die Stelle, an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, an kompetenter Stelle dahin zu streben, dass das Nötige zur Einführung dieser Karten veranlasst werde.

Bgm Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage der Regierung vorlegen. Die Einführung von Fettkarten hat nur dann einen Zweck, wenn man genügend Fett hat.

Die GRen Körber, Effenberger und Kollegen stellen folgenden Antrag: In den letzten Wochen wurde das städtische Mehlab-

gabeamt durch Statthaltereierlaß vom 27 April 1916 verhalten, an sämtliche Bäckermeister statt der bisherigen 20 % Weizenmehl 50 % zur Verteilung zu bringen. Gegen diese Maßregel wurde seitens der betroffenen Gewerbetreibenden keine Einwendung erhoben, da die Notwendigkeit solcher Maßnahmen allgemein erkannt wird und überdies in der zitierten Verordnung der n-ö. Statthalterei auch versichert wurde, daß auch Brotfabriken und Konsumvereine „in diesem Ausmaße“ beteiligt werden sollten. Umso lebhafter war das Erstaunen der Bäckermeister, als sich dann herausstellte, daß die Brotfabriken und Konsumvereine zwar tatsächlich im selben Ausmaße mit Surrogatmehlen beteiligt wurden, aber keinen Weizen, sondern Gerstenmehl, das sich zur Broterzeugung ungleich verwandbarer erweist, erhielten. Selbstredend mußte diese günstige Situation der Brotfabriken auch in der Qualität der Erzeugnisse derselben zum Ausdruck kommen und die Entrüstung der Bäcker hierüber erscheint umso begrifflicher, als sich die Brotfabriken und Konsumvereine dieser Begünstigung heute noch erfreuen, während die Mehlabgabestelle der Gemeinde Wien nur Weizenmehl als Surrogat abzugeben in der Lage ist. Dieser Umstand ist aber nur ein Glied in der Kette fortdauernder Begünstigungen, deren sich die Brotfabriken durch ihre Unterstellung unter die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt erfreuen. Auch bei der Abgabe der Brotkartenabschnitte erscheinen dieselben begünstigt, indem letztere von ihnen nicht mit der gleichen Strenge eingefordert werden, wie von den Bäckern. Die Bäckermeister werden für fehlende Brotkartenabschnitte verantwortlich gemacht, die Brotfabriken niemals! Es sollen auch einzelne Brotfabriken direkt dadurch Wiederverkäufer zu gewinnen suchen, daß sie diesen versichern, sie nehmen es mit den Brotmarken nicht so genau. Alle diese Mißstände entspringen aber nur dem einen Umstande, daß die Brotfabriken und Konsumvereine ihr Mehl nicht von dem städt. Mehlabgabeamt, sondern direkt von der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt beziehen, wodurch jeder einseitigen Begünstigung Tür und Tor geöffnet erscheint. Es wird daher beantragt: Der Herr Bürgermeister ist zu ersuchen, kompetenten Orts mit allem Nachdrucke dahin vorstellig zu werden, daß die ganz überflüssige Sonderstellung der Brotfabriken und Konsumvereine beseitigt und diese wie alle anderen Bäckereibetriebe hinsichtlich der Mehlversorgung dem städtischen Mehlabgabeamt unterstellt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsäßigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Rein beantragt den Ankauf von Kunstkorken für das Brauhaus der Stadt Wien mit einem Kostenaufwand von 25.000 K.

(Ang.)

VB. Rein beantragt die Auswechslung des Kühlrohrnetzes im Gärkeller des Brauhauses der Stadt Wien. Die Kosten betragen 22.000 K. (Ang.)

gen 22.000 K. (Ang.)

StR. Graf beantragt den Ankauf der Parzelle B 2 1623 in Ottakring im Ausmaße von 15.300 m<sup>2</sup> um den Pauschalbetrag von 120.000 Kronen. (Ang.)

StR. Hermann beantragt die Errichtung eines städtischen Jugendspielplatzes im 9. und 10. Bezirk mit einem Kostenanfordernisse von 31.200 K.

GR. Wolny erklärt, dass er diesen Anlass nicht vorübergehen lassen könne, ohne festzustellen, dass es ihm nach jahrelangen Bemühungen gelungen sei, einen unerwartet grossen Spielplatz für die Schuljugend des neunten Bezirkes zu bekommen. Der Magistrat habe in dieser Frage ausserordentlich rasch und prompt gearbeitet und es bleibe ihm nur übrig zu bitten, auch die noch vorzunehmenden Arbeiten ebenso rasch durchzuführen, damit der Spielplatz noch vor den Ferien der Benützung zugeführt werden könne.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

VBgm. Hierhammer übernimmt den Vorsitz-

StR. Knoll beantragt die Umplasterung der Museumstrasse von der Einfahrt der Hofstellungen bis zur Burggasse im 7. Bezirk mit den Kosten von 69.350 K. (Ang.)

StR. Schneider beantragt die Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Zirkusdirektor Albert Schumann, hinsichtlich der dem Bürgeropitalfonds gehörigen Liegenschaften bis 1. Mai 1917 mit dem Bemerkten, dass eine weitere Verlängerung mit Rücksicht auf den Bau des städtischen Museums nicht zugestanden werden kann. Der Pachtzins schilling wird ab 1. Juni 1914 um 1000 K pro Jahr erhöht. (Ang.)

StR. Schneider beantragt, die nach der kaiserlichen Verordnung vom 15. September 1915 von der Gesamtsumme aller zur Begründung der Versorgungsansprüche statutarisch festgesetzten Leistungen der Mitglieder der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen an diese Kasse zu entrichtende 1 %ige Gebühr unter Verzicht auf die nach der Verordnung zulässige Herabbringung dieser Gebühr von den Mitgliedern aus den laufenden jährlichen Einnahmen der Pensionskasse zu bezahlen. (Ang.)

StR. Schneider beantragt der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Militärzertifikatisten reg. Genossenschaft m.b.H. die Zusicherung der Baurechtsbestellung an Baustellen zwischen der Gervasestrasse und Löschengasse im 15. Bezirk zu erteilen. (Ang.)

StR. Schneider beantragt für die Straßenbahnlinie Lehmgasse bis Rotneusiedel-Liniensamt Gründe in Oberlaa-Stadt im Ausmaße von 2621 m<sup>2</sup> um 20 K per m<sup>2</sup> käuflich zu erwerben. (Ang.)

StR. Fogola beantragt dem Komitee „Döblinger Heimatkunde“ eine Subvention von 1000 K für die Herausgabe einer Heimatkunde des 19. Bezirkes zu bewilligen. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Fogola werden die Beheizungs- und Beleuchtungskosten anlässlich der Benützung des Handarbeitssaales der Mädchenvolksschule 16. Bezirk Hackengasse 13 für die Veranstaltung von sieben im Februar und März 1915 abgehaltenen patriotischen Festen durch den Lehrkörper der Mädchenbürgerschule 14. Bezirk Benedikt Schellingergasse 1 nachgesehen. (Ang.)

StR. Dr. Matzka beantragt die Entschleunigung des Eisenbahnministeriums vom 29. Februar 1916 in Angelegenheit der Schlepplahn der Firma Viktor Herz unter Abstandnahme von einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zur Kenntnis zu nehmen. (Ang.)

Bgm Dr. Weiskirchner beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zu dem „Verein zur Erhaltung des Forschungsinstitutes für Osten und Orient“ als Mitglied und die Widmung eines Betrages von 5000 K aus diesem Anlasse. (Ang.)

VB. Hög berichtet über den Ankauf des Lagerhauses S. & W. Hoffmann und die finanzielle Beteiligung an der Ersten Wiener Walzdrehlei Vonwiller & Co.

GR. Effenberger befragt den Antrag und führt aus: Die Erwerbung des Lagerhauses ist auf das Wärmste zu begrüssen, nicht nur von Seite der Konsumenten, sondern auch von Seiten des Gewerbes, weil dadurch dem Mühlenkonzern, der ja eigentlich ein Mühlentrust ist, dadurch ein Gegengewicht geschaffen wird, denn Kartelle müssen dadurch bekämpft werden, dass man die Verbindung der Gegner sperrt und dies geschieht hier eben durch den Anschluss. Es war ein äusserst glücklicher Gedanke, die neuen Speicher seinerzeit zu bauen, denn so sind wir Gott sei Dank über die schlimmste Zeit hinweggekommen. Die Erwerbung dieser Mühle kann man geradezu zu einem Kristallisationspunkt der österreichischen Mühlenindustrie bezeichnen und ich hoffe, dass man damit auch das Rückgrat der österreichischen Mühlenindustrie stärkt. Ich kann aber nicht umhin, zu gleicher Zeit zu bedauern, dass nicht alle leistungsfähigen Besitzer der österreichischen Mühlen gleichgedacht haben, sondern sich dem ungarischen Mühlenkonzern angeschlossen haben. Von diesem Standpunkte aus möchte ich den Antrag geradezu als eine patriotische Tat bezeichnen. Ich will keine Namen nennen .....

GR. Skaret: Na nennen Sie nur den Namen Schoeller!

GR. Effenberger: Ja Schoeller; ich wollte es vermeiden persönlich zu werden. Wir brauchen uns nicht auf grosse Gewinne vorzubereiten, aber es ist gewiss wieder im Interesse der Bevölkerung gelegen, dass die Gemeinde Wien durch den Anschluss nunmehr Kontrolle über ein derartiges Etablissement gewinnt. Die Mühle liegt ausserordentlich günstig, an unserer einzigen grossen Wasserstrasse, wodurch auch Zufuhr und andererseits die Abfuhr sehr gefördert werden.

Dies ist auch sehr ausschlaggebend für die Verminderung der Spesen. Ich danke dem Bürgermeister für die Durchführung dieser Sache nicht nur im Namen des Gewerbes, sondern auch im Namen der Bevölkerung.

GR. Melcher: Es ist ja ganz richtig, dass bei einer solchen Angelegenheit der Termin zwischen der Annahme im Stadtrat und zwischen der Erledigung im Gemeinderat kein allzugrosser sein darf. Wir haben daher nur wenig Zeit gehabt, uns über diese sogrosse Transaktion zu informieren. Durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Baudirektors wurde es mir aber ermöglicht, das Unternehmen an Ort und Stelle selbst kennen zu lernen. Bevor ich auf die Einzelheiten eingehe, möchte ich jedoch bemerken, dass wir uns klar werden sollen darüber, ob die Fortsetzung der industriellen Unternehmungen, die die Gemeinde Wien in letzter Zeit an sich gebracht hat, weitergehen soll, oder ob wir der Industrialisierung Einhalt gebieten sollen. Wo es sich um Approximierungsfragen handelt, kann keiner der im Gemeinderat Sitz und Stimme hat, dagegen sein. Anders ist dies aber bei den reinen Industrieunternehmungen. Bei der Industrie kommt der Bevölkerung der freie Konkurrenzkampf am allerbesten. Kartelle sind für die Gesamtbevölkerung von Vorteil und auch eine Monopolisierung ist für sie ganz vorteilhaft. Wir haben ja die Elektrizitäts-, die Gaswerke, ein Kohlenwerk, Legerhäuser, Omnibus, Über-Landzentrale, Landwirtschaft u.s.w. - aber man muss auch bei der Industrialisierung Mass halten und darauf bedacht sein, dass in einer grossen Stadt auch andere Interessen zu vertreten sind. Wir haben ja auch von einem Projekt gehört, welches sich auf die Kommunalisierung von Heu und Stroh bezieht. Vergleichen wir einen privaten Unternehmer mit der Gemeinde. Zahlt der Privatunternehmer einmal darauf, so muss er sich dabei sagen, dass er früher ja verdient habe. Anders ist dies bei dem Gemeindeunternehmer. Hier wird das Reineinkommen im Budget voraus eingestellt und wenn dieses Reinertragnis sich nicht ergibt, dann müssen wir diesen Abgang decken, wie wir ja jetzt wahrnehmen. Nachdem die Gemeinde auf den Verdienst, den sie in das Budget eingestellt hatte, angewiesen ist, müssen wir die Elektrizitäts- und Gaspreise erhöhen. Das soll kein Vorwurf sein, aber der Hergang ist ebenso. Deshalb bin ich der Meinung, dass an der freien Konkurrenz nicht gerüttelt werden soll. Nur die freie Konkurrenz fordert jeden in der Industrie an, der etwas erreichen will, auch etwas zu leisten. Was die Erwerbung des Lagerhauses und der Mühle im vorliegenden Antrag betrifft, so ist die Lage dieses Unternehmens wohl die denkbar günstigste zu nennen. Auf der einen Seite haben wir die Donau, auf der anderen Seite die Eisenbahn und zwar so, dass die Waggons direkt in den Hof der Mühle einfahren können. Einzelne Objekte sind auf Sackgrund erbaut, einzelne gehören der Donau Regulierungskommission und diese dürften ja auch der Gemeinde erhalten bleiben, da sie

ja selbst in der Kommission Sitz und Stimme hat. Ich habe in die Schätzung des Gebäudewertes Einsicht genommen. Sie ist eine derartige, dass man darauf nicht rütteln kann. Was den Grundwert betrifft, so ist dieser überschätzt worden. Allerdings kann man bei solchen Grundwerten verschiedener Meinung sein. Es ist ein sogenannter Luxuswert oder ein Betriebswert in dem Grundstück vorhanden und diesen mussten wir eben bezahlen. Es geht leider nicht anders bei dem Ankauf derartiger Objekte und ich glaube deshalb, zumal auch der Speicher eine sehr günstige Lage aufweist, beruhigt für diese Vorlage stimmen zu können (Beifall).

GR. Partik: Die Erwerbung der Wiener Walzmühle halte ich für einen besonders glücklichen Griff. Wen auch derzeit von einem ungarischen Mühlenkartell noch nicht gesprochen werden kann, so wird es sicher dazu kommen und dann wird unsere Mühle geeignet sein, einen wichtigen Preisregulator zu bilden. Der Ankauf ist aber auch vom Standpunkte des Bäckergewerbes mit Freuden zu begrüssen, für welches die neue Mühle eine grosse Stütze sein wird insbesondere wenn der Betrieb zur Kornvermahlung umgewandelt wird. Der Österr. Roggen ist weit besser als der Ungarns und gerade in der nächsten Nähe Wiens wird er in allerbesten Qualität produziert. Wenn Gemeinderat Melcher gegen die Monopolisierung der verschiedenen Unternehmungen seitens der Gemeinde Wien gesprochen hat, so muss ich sagen, dass die Gemeinde Wien gerade in dieser Sache eine ausserordentlich glückliche Hand hatte. Gas, elektrischen Strom und die Strassenbahnfahrt wäre sicherlich in einer Zeit, in welcher die Löhne und das Material so gewaltig gestiegen sind, von privaten Gesellschaften stark verteuert worden. Vom Standpunkt der Bevölkerung haben wir also diese Monopolisierung sicherlich nicht zu beklagen und ich möchte wünschen, dass das neue Unternehmen ebenso fruchtbringend und segenerreich sei, wie die früheren Unternehmungen. Dem Stadtrats Antrag stimme ich natürlich zu (Lebhafter Beifall).

GR. Skaret: Seit dem die Sozialdemokraten hier im Saal sitzen, sind sie stets für die weitestgehende Kommunalisierung eingetreten. Im Gegensatz zum GR. Melcher, möchte ich wünschen, dass das, was durch den heutigen Ankauf geschieht, nur als ein kleiner Anfang dessen zu betrachten sei, was wir als Aufgabe der Gemeinde bezüglich der gemeinnützigen Institutionen betrachten. Der Krieg hat uns ~~mit~~ in der Approximierungspolitik einen Schritt nach vorwärts gebracht und wir wünschen, dass auf diesem Gebiete weiterschritten werde. Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, dass wir ~~bei~~ zu der Gründung der Hammerbrotwerke hauptsächlich deshalb veranlasst wurden, weil ein Kartell der Schwarzbrotbäckerien geplant war und wir durch unsere Gründung der Verteuerung des Brotes ent-

gegengetreten wollten. Wir sind mit den Stadtratsanträgen vollständig einverstanden. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, dass die <sup>den</sup> Bediensteten der Wiener Walzmühle in Aussicht gestellte Kriegszulage ausbezahlt werde.

GR. Dr. Schwarz-Miller: Ich bin mit den vorliegenden Anträgen vollkommen einverstanden. Mit Rücksicht auf die Bemerkungen des Vorredners muss ich mich jedoch gegen eine von ihm gewünschte weitgehende Kommunalisierung von Betrieben aussprechen. Die Gemeinde muss ja während der Kriegs in eine ganze Reihe von Agenden hineinsteigen, die sie in Friedenszeiten gewiss nicht übernommen hätte. Ich habe mich bereits einmal gegen die schrankenlose Kommunalisierung ausgesprochen. Es ist ein alter Streit, ob Kommunal- oder Privater-Betrieb und es gibt gewisse Unternehmungen in den Grossstädten, die gewisse besser von der Gemeinde als von Privaten geführt werden.

Weiters möchte ich einen Punkt betonen, den schon GR. Skaret hervorgehoben hat. Ich halte es für eine Gemeinde nicht sehr klug, ja als ungünstig, dass sie dadurch, dass sie eine ungeheure Anzahl von Unternehmungen erwirbt, als Unternehmerin in Arbeiter und Lohnstreitigkeiten hineingezogen wird. Sie verliert dadurch ihre Stellung über den Parteien und ihr Amt gewissermassen als Schiedsrichterliches Organ zu fungieren. Wenn die Unternehmungen der Gemeinde sich übermässig ausdehnen, würde die Zahl der Angestellten ins Riesenhafte wachsen und ihre Zahl würde bei Wahlen etc. von derart ausschlaggebender Bedeutung werden, dass sie ihre Unabhängigkeit verlieren würde. Aus diesem Grunde möchte ich nur meinen prinzipiellen Standpunkt Ausdruck geben, wenn ich auch mit Rücksicht auf die Kriegsergebnisse sehr dafür bin, dass wir diese Unternehmungen jetzt erwerben. Auch die fachmännische Frage ist ein Punkt, der gegen eine allzuweitgehende Kommunalisierung spricht, denn kein Gemeinderat der Welt, kein Magistrat und Bürgermeister ist in der Lage, fachlich so ausgebildet zu sein, um alles richtig verstehen und beurteilen zu können. Schliesslich kommt auch die Frage des Betriebes dazu, der selbstverständlich nicht bükratisch, sondern nur rein kommerziell geführt werden kann. Ich bin also für Ihre Anträge, möchte aber betonen, dass wir damit noch nicht ausgesprochen haben, dass wir jetzt erst mit dem grossen Kommunalisierungsprogramm beginnen werden.

VBgm. Hoss (zum Schlusswort): Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass sich bei diesem Referate eine so schöne Einmütigkeit gezeigt hat. Es war ein Vergnügen, die einzelnen Herren Redner der verschiedenen Parteien zu hören wie sie in sachlicher Weise den Ankauf befürwortet haben.

Ich hätte nur den innigen Wunsch, es möge sehr häufig möglich sein, bei grossen wirtschaftlichen Fragen eine solche Einmütigkeit zu erzielen (lebhafter Beifall). Ich glaube im Sinne aller Herren zu sprechen, wenn ich dem Herrn Bürgermeister, welcher neuerlich bewiesen hat, welchen guten Griff er bei der Lösung solcher grosser Fragen hat, den Dank des Gemeinderates zum Ausdruck bringen (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Bei der nun folgenden Abstimmung konstatiert VBgm. Hierhammer unter anhaltendem Beifalle die einstimmige Annahme der Anträge.

Hierauf wird die Beratung über den Hauptvoranschlag fortgesetzt und ergreift als erster Redner GR. Hohensinner (contra) das Wort. Durch den teuflischen Aushungerungsplan der Engländer, die bekanntlich alle Wölfe des Hungers auf uns losgelassen haben, ist auch die gesamte Zkilbevölkerung unserer Reiche in dem Riesenkampf mit hineingezogen worden. Leider hat sich für diesen Wirtschaftskrieg noch immer kein Hötzerdorf gefunden. Bevor ich über den Wirtschaftskrieg in Wien einige Worte spreche, möchte ich als Städter und Konsument und als Mann, welcher die Agrarpolitik schon bisher aufs Heftigste bekämpft hat, einige Worte sprechen. Unsere Hochschutzzollpolitik hat nichts anderes bewirkt als eine Preissteigerung, ohne aber eine Produktionsvermehrung zu bringen. Daher kommt es, dass wir in Agrarierstaaten Oesterreich schlechter stehen als im Industriestaat Deutschland. Wir sehen also, dass die bisherige Agrarpolitik ganz falsch orientiert war. Sind wir daran schuld? Nein, denn wir haben Tausende und Hunderttausende an sie gegeben, haben uns also Opfer auferlegt, um die Landwirtschaft am Brod zu erhalten und ich frage daher, legt sich jetzt auch die Landwirtschaft Opfer auf um uns Brod zu geben? Nein, ~~man~~ schaut auf Euch hört nicht auf das Gejammer der anderen! So tönt das Wort aus dem agrarischen Lager heraus (Rufe: Der Zwischenhandel ist schuld!) Was wir bisher erreicht haben, dass wir noch nicht verhungert sind, verdanken wir ganz einfach der Gewalt dem Zwange.

Es muss daher gesagt werden, das Verhalten der Agrarier ist gerade zu ein Kampf des Landes gegen die Stadt. Jetzt ist aber keine Zeit des Problems, sondern eine Zeit der Optionen.

GR. Rotter: Damit wenden Sie sich hier nicht an die richtige Adresse.

GR. Hohensinner: Die Lehren, die uns der Wirtschaftskrieg täglich und stündlich predigt, werden wir uns wohl merken müssen. Auf dem Gebiete der Agrarpolitik werden die Herren Christlichsozialen umlernen müssen, nicht wir, wie dies Herr Gemeinderat Steiner in

der letzten Sitzung behauptet hat. Unsere Partei hat schon Kriegsangebrueh darauf gedrungen, dass uberssaisches Fleisch eingefuhrt werde.

GR. Rotter: Wie wurden wir jetzt da ausschauen? GR. Hohensinner: Jetzt aus dem Lager der christl- Sozialen selbst der Ruf nach Einfuhrung von auslandischem Fleisch- (Rufe: Ja wo her denn) Der Herr Gemeinderat xxx Steiner hat ja selbst beantragt und mitten im Winter haben sie das Gefrierhaus errichtet, aber leider ohne Fleisch, und wie gut ware es jetzt, wenn ein Fleisch darinnen ware. Langst hat unser Klub die Heranziehung des Gebietes von Floridsdorf zur Approvisionierung in Vorschlag gebracht, jetzt aber lauft man die ganze Stadt ab und sucht nach Gemuesebauflachen. Hatten wir nicht damit fruher einen Preisregulator bekommen gegen die ungeheure Teuerung, gegen die wir bisher machtlos angekampft haben. Es gibt ja eine Teuerung, die im Gefolge eines jeden Krieges einherzieht, aber diesmal wird sie noch durch Preistreibe rei und Wucher verscharft.

GR. Broschek: Wer sind denn die Wilderer? GR. Hohensinner: Je bitterer die Not, desto unverschamter treibt es der Wucher und gegen diese Preistreibe rei hat sich das Rathaus entschieden als vollstendig kraftlos erwiesen. Unser Kollege Steiner sagt in einer der fruheren Sitzungen, wartet nur bis die Zeit kommen wird, wo wir sagen konnen, wo die Preistreiber sind. (Zwischenrufe seitens der Mehrheit: mehr richtig) Was wird das der Bevolkerung nutzen? Der Kampf muss jetzt gefuhrt werden und das Rathaus war nicht energisch genug gegen die Preistreiber, ja ich glaube selbst, es ist ihnen gar nicht ernst damit, (lebhafte Zwischenrufe) aber, Sie wollen nicht an die Wurzel greifen, Sie suchen sich einfach einen Agitationsstoff. (Rufe seitens der Majoritat: Sie!) Sie wollen einen Sundenbock vor sich hertreiben, auf den die judischen und christlichen Sunden uerwulzt werden sollen.

GR. Broschek: Die Papierschuhhändler und die sonst das Zeuge verkaufen, wer sind denn die?

GR. Hohensinner: Paoken wir die Preistreiber, wo wir sie treffen, stellen wir sie blos, nehmen wir ihnen das passive und aktive Wahlrecht!

GR. Kärner: Da haben Sie ja dann keine Wähler mehr!

GR. Hohensinner: Mit der Verhetzung muss es aber ein Ende haben. In Normalen Zeiten spielt der Wucher in unserem Wirtschaftsleben keine besondere Rolle. Jetzt ist er aber sozusagen zur allgemainen Verkehrsmitte geworden. Die Betriebe werden nur unter dem Gesichtspunkte ex höchster Rentabilität gefuhrt nicht etwa vom sozialen und patriotischen Standpunkte aus.

Da hilft keine Religion, da hilft keine Philosophie, es gibt ganz einfach kein soziales Gewissen mehr. Ja, das Organ des Landesverbandes der kaufmannischen Organisationen Böhmens betrachtet fast die Preistreibe rei als eine Pflicht und nennt jene, welche niedrigere Preise ansetzen, Auswähler des Standes.

GR. Angermayer: Das sind doch keine Agrarier.

GR. Hohensinner: Das sind jedenfalls Ihre Leute auch dabei, denn es handelt sich um alle Stände. Was will der Herr Gemeinderat Steiner mit seiner Drohung sagen, wenn der Herr Bürgermeister erklärt: Es wird gewohnertohne Unterschied der Konfession. Damit hat er ein Wort gesprochen, das wir uns merken werden. Man muss jetzt immer in Wien die kleinen Diebe hangen man die grossen lässt man laufen (Rufe bei der Mehrheit: sehr richtig) Was die Grossen anbelangt, sagt der Justizminister dass diese unfassbar sind. Ich weiss nicht, warum sie so unfassbar sind; ist sein Arm so kurz, dass er sie nicht zu erreichen vermag, oder sind die grossen Diebe in den höheren Volksschichten? Darüber herrscht natürlich in der Bevolkerung ein tiefer Grosse und wenn auch jetzt versteckt durch die Zensurverbote glimmt dieser Funke dennoch weiter. Es ist unbedingt Pflicht der Gemeinde, dass sie den Consum organisiert, die Approvisionierung - das hat uns der Krieg gelehrt - muss in den Mittelpunkt der städt-Versorgungswirtschaft gestellt werden. Auf allen Gebieten haben aber Sie hier versagt.

GR. Rotter: Die Regierung aber auch?

Maximilian GR. Hohensinner: Man sieht deutlich, dass sie sich ihrer Schuld bewusst sind und es war ein taktisches Manöver den Herrn Bürgermeister zum Ehrenbürger zu machen, aber die Bevolkerung hat Sie erkannt, man weiss genau, dass das keine Anerkennung, sondern ein Schuldbekenntnis war. Christlich soziale Gemeinderatskollegen sind zu mir gekommen und haben selbst erklärt, haben Sie denn nicht das ganze Manöver durchschaut?

GR. Fischer und andere Mitglieder der Mehrheit: Wie heissen denn die?

GR. Rotter: Das glauben Sie ja selbst nicht.

GR. Hohensinner: Was ich gesagt habe, ist vollständig wahr.

Unser Herr Bürgermeister tröstet sich über die miserlichen Verhältnisse damit, dass auch im Jahre 1809 ähnliche Verhältnisse in Wien herrschten. Das ist ja richtig, aber ist seit der Zeit nicht ein Jahrhundert vergangen? Gibt es seitdem nicht Eisenbahnen, Telegraphen und Telephon?

GR. Rotter: Mit dem Telegraphen kann man doch keine Lebensmittel herbeischaffen?

GR. Hohensinner: Sie haben keine Uebersicht

GR. Angermayer: Ja Uebersicht hätten wir schon, aber keine Lebensmittel?

GR. Hohensinner: Darum glaube ich an die Spitze der Commune gehört der Bürgermeister als eine Art General, dem alle unterthan sein müssen, der ein strenges Regiment zu führen vermag und wenn dies auch nicht genügt, dann soll überhaupt ein General an die Spitze treten. (Stürmische Zwischenrufe seitens der Mehrheit)

GR. Angermayer: Das ist ein solches Geständnis!

Das ist die Freiheit, die Sie heute hier verteidigen!

GR. Angeli: Das ist Ihre Freiheit, das wollen Sie haben?

GR. Angermayer: auf die Freiheit verzichten wir.

GR. Hohensinner: Uebrigens sind in Deutschland die selben Forderungen gestellt worden.

GR. Angermayer: Die Deutschen, die diese Forderungen stellen verstehen von einer Freiheit so wenig, wie Sie, für eine solche Freiheit danken wird.

Vizebürgermeister Hierhammer: Gibt das Glockenzeichen.

GR. Hohensinner: Unsere ganze Wirtschaftspolitik ist falsch orientiert. Jedenfalls hätte ein General nicht jene Rücksicht auf die Wähler zu nehmen, welche Sie uben- Insbesondere tröstlos ist die Lage der fix Angestellten und von diesen sind wir um die Lehrer am schlechtesten daran. Zwei Jahre sind es her, seitdem das Lehrgesetz vom Gemeinderate vorbereitet und vom Landtag genehmigt wurde. Die Sanktionierung ist noch immer nicht erfolgt. Ein frevelhaftes Spiel wurde getrieben, indem zuerst das Gesetz beschlossen wurde, dann jedoch die Regierung bestürzt wurde, dieses Gesetz nicht zur Sanktion vorzulegen. Das Gesetz muss endlich einmal durchgefuhrt werden, denn die Lehrerschaft kann nicht länger warten, sie steht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Der Friedensschluss wird der Gemeinde neue grosse Aufgaben bringen. Wir von der Opposition werden uns gern und freudig in den Dienst der Sache stellen, wir werden auch die Kredite für ein grosszügiges Arbeitsprogramm bewilligen. Es wird aber das harmonische Zusammenwirken aller Mandatäre notwendig sein und das Wort „Ich kenne keine Parteien“ wird hoffentlich auch im künftigen Frieden seine Wahrheit behalten. Ich glaube aber, dass unser Entgegenkommen nicht das richtige Verständnis findet. Warum besetzen Sie nicht die langst erledigten Ausschuss- und Stadtratsmandate. Noch andere schlechte Vorzeichen zeigten sich uns bereits. Der Bürgermeister hat die einberufenen Gemeinderäte nicht zu den Sitzungen des Gemeinderates eingeladen, wahrschein-

lich aus Angst, dass auch die unwillkommenen Gemeinderäte dann kommen werden. Der Landesverteidigungsminister war nicht so streng in der Gesetzesauslegung wie der Bürgermeister und die Entscheidung des Statthalters in dieser Sache bedeutet eine schwere Niederlage für Dr. Wiskirchner. Ein anderes solches Vorzeichen ist die Ernennung des Grafen Bionerth zum Ehrenbürger. Die Begründung, dass er Kaiser-treu ist, genügt nicht, um ihm die höchste städtische Auszeichnung zu verleihen, denn wenn der Beamte nicht Kaiser-treu ist, dann gehört er vors Kriegsgericht. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes in diesen Zeiten war eine Privolität und eine Provokation des ganzen deutschen Volkes.

Der Redner erwähnt dann, dass der Bürgerschulkatechet den Kindern in der Schule gesagt habe, verkehrt nicht mit Protestanten. Es scheine dies ein Anzeichen eines beginnenden Kulturkampfes zu sein anlässlich der Herrschaft des Klerikalismus in unbeschränkter Form. Wir wissen sehr gut, welche Leidenschaften diese Kulturkämpfe hervorgerufen haben. Dieses Oesterreich, welches erst im Kriege durch Eisen und Blut zur Einheit zusammengewachsen ist, soll auf eine neue Grundlage gestellt werden und da bedarf es eben des freudigen Mitarbeitens aller und darf nicht in die Wirnisse eines Kulturkampfes hineingraten. Der Krieg kann doch nicht den Zweck haben, dass das ganze vergossene Blut der Mühle einer einzigen Partei zugeführt wird, wir Deutsche dürfen uns den Luxus eines Kulturkampfes nicht gestatten.

Redner schliesst damit, dass er für ein innigtes Bündnis mit Deutschland nicht bloss auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem und geistigen Gebiete eintritt. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen!)

Vorsitzender NBgm. Rein weist die Bemerkung des Voredners, dass die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Grafen Bionerth eine Privolität sei, zurück.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen und die Sitzung geschlossen.